

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Bezugs-Gebühr** In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligen Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.  
**Anzeigen-Preise.** Die einpaltige 37 mm breite Zeile 4.— M. Bei Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, Uspaltige An- u. Verhüte 25.— M. Vorzugspätze laut Tarif. Auswärts. Aufträge geg. Voranschub. Einzelpreis d. Vorabendblattes 40 Pf.

Schriftleitung und Druckerei  
Martenstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Olesch & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Druckerschrift: Neudruck Dresden.  
Fernsprecher-Nummer 25 241.  
Für die Nachgelieferthe: 20011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Die Denkschrift der englischen Regierung an Frankreich

Die verzögerte Wiederherstellung Europas — Englands und Frankreichs Lage — Um Frankreichs Sicherheit.

### Englands Ziele in Cannes.

Paris, 12. Jan. Wie die Agence Havas aus Cannes meldet, heißt es in der Briand durch Lord George überreichten Denkschrift:

Die englische Regierung wünscht lebhaft, daß die Konferenz von Cannes zu einem bestimmten Ergebnis gelange, das sowohl von der französischen als auch von der englischen öffentlichen Meinung wie auch von derjenigen Europas gebilligt werde. Nach ihrer Ansicht ist für einen solchen Erfolg ein enges Einvernehmen zwischen der französischen und der englischen Regierung unerlässlich. Stets ist die öffentliche Meinung in England wie auch in Frankreich besorgt und verwirrt. Mit Recht nimmt man an, daß Fragen auf dem Spiele stehen, die die Interessen beider Länder betreffen. Die Wiederherstellung Europas wurde über jedes Erwarten hinaus verzögert. Die Enttäuschung der Völker führt zu Mißverständnissen und Kontroversen. Diese Lage ist in ganz Europa, ja weit über Europa hinaus, in bedauerlichermaßen Folgen zum Ausdruck gekommen. Das Scheitern der Konferenz von Cannes würde also eine Rückwirkung mit sehr üblen Folgenerscheinungen hervorrufen. Die britische Regierung wünscht, daß die Konferenz von Cannes klar zum Ausdruck bringe, daß das britische Reich und Frankreich im Frieden ebenso vereint sind, wie während des Krieges.

Nach Ansicht der englischen Regierung gibt es zwei Ursachen der Verwirrung in Frankreich. In erster Linie beunruhigt sich die öffentliche Meinung in Frankreich über die

### Reparationen.

Frankreich macht Anstrengungen, seine verwüsteten Gebiete wieder aufzubauen und ist deshalb genötigt, bedeutende Summen vorzutreiben, die in dem Budget ein großes Defizit hervorgerufen. Diese Summen könnten und müßten von Deutschland bezahlt werden.

Trotz verschiedener Abkommen seien die Reparationszahlungen der Deutschen immer wieder hinausgezögert worden. In zweiter Linie sei die öffentliche Meinung in Frankreich wegen der zukünftigen

### Sicherheit Frankreichs

beunruhigt. Frankreich sei in 120 Jahren viermal vom Feinde besetzt gewesen und trotz der Verminderung der deutschen Bevölkerung während des Krieges und infolge der Friedensbedingungen sei Frankreichs Bevölkerung immer noch um zwanzig Millionen geringer als die des Deutschen Reiches. Webrigens bestige Deutschland durch die lebend aus dem Krieg zurückgekehrten ein Heer von fünf Millionen, im Waffendienst geübter Männer, unter denen sich eine beträchtliche Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren befinde. Es sei wahr, daß Deutschland fast kein ganzes Kriegsmaterial und fast alle Waffen abgenommen worden seien, aber Frankreich könne doch nicht umhin, durch das eine oder andere Mittel seine Inferiorität zu ersehen. Es sei also wesentlich für Frankreich, den Unterschied zwischen seiner Bevölkerung und der Deutschlands auszugleichen, damit kein Grund und Boden gefährdet bleibe.

In Großbritannien gebe es auch ernste Ursachen der Beunruhigung und Unzufriedenheit. Großbritannien sei ein Land, das von der Ausfuhr lebe. Sein Handel sei ebenso schädlich ruiniert, wie der französische Boden. Die Folgen, die sich in menschlichen Entbehrungen sehr ernster Art zeigten, betrafen zwei Millionen Personen der arbeitenden Klassen, die durch Arbeitslosigkeit litten und deren Unterhaltungslohn pro Woche annähernd zwei Millionen Pfund Sterling betrügen. Diese Zahlen würden einer Nation aufgebürdet, die viel härter als jede andere von den wirtschaftlichen Folgen des Krieges beulirt worden sei. Frankreich dagegen sei in einer vorteilhafteren Lage als jedes andere europäische Land, einmal wegen der Bedeutung seiner ländlichen Produktion, andererseits aber auch wegen seiner inneren Produktion. Frankreich leide weniger durch Arbeitslosigkeit und durch den Zusammenbruch des internationalen Handels. Die Völker Europas litten unter den Preisrückgängen ebenso, wie das britische Volk. In Italien und Belgien sei die Arbeitslosigkeit ernst. Italien hänge sehr vom Handel ab. Es müsse eine viel härtere Bevölkerung beschaffen als vor dem Krieg. Belgien sei ein Land, das Nahrungsmittel importiere und auf Kosten des europäischen Marktes lebe. In Mitteleuropa und Südeuropa sei der Zusammenbruch und die Verminderung des normalen Wirtschaftslbens noch viel markanter. Millionen von Menschen litten unter Entbehrungen und im Elend. Selbst die Inflation, die den arbeitenden Klassen Arbeit und gute Löhne gegeben habe, könne nur eine zeitweilige Erleichterung bringen, würde aber sicher eine Penktion auslösen, so daß schon rechtzeitige Maßnahmen ergriffen werden müßten. Die Menschen, die nur über eine kleine Rente verfügten, litten noch mehr. Rußland, das vor dem Krieg eine außerordentliche Produktion an Rohmaterialien und Nahrungsmitteln gehabt habe, lerne mit der Hungersnot. Aus Menschlichkeitsgründen und im Interesse des eigenen Wohlstandes sei die

### Wiederanfrichtuna Rußlands

unerlässlich. Die europäischen Völker müßten versuchen, ein Hilfsmittel gegen den augenblicklichen Rußlands zu finden, denn auf die Dauer müßte die europäische Zivilisation ernstlich darunter leiden. Wenn man ohnmächtig sei, gegen einen derartigen Rußlands katastrophe führen. Ebenso müßte in seinem eigenen Interesse wie im Hinblick auf das wirtschaftliche Wiederanbauwerk Europas eine Großbritanniens Frankreich zur Mitarbeit an dieser großen humanitären Aufgabe auf. Diese Aufgabe müsse schon jetzt

unternommen werden; jeglicher Verzug würde eine schreckliche Verletzung des menschlichen Geistes zur Folge haben und in gewissen Teilen Europas eine steigende Bedrohung der Zivilisation mit sich bringen.

Das Problem, heißt es in der Denkschrift weiter, das sich für Großbritannien und Frankreich stellt, ist nun, zu wissen,

wie man die Notwendigkeiten einer gemeinsamen Aktion erfüllen kann.

Diese Schwierigkeiten müssen in ihrer Gesamtheit gelöst werden. England erkennt die Gründe für die Verunruhigung Frankreichs an und wünscht alles in seiner Macht Stehende zu tun, um es zu beruhigen. Aber es kann die Wiederanfrichtung Europas nicht hinauschieben, wenn es die Wünsche Frankreichs bezüglich der Reparationen und seiner Sicherheit betrachten will. Die britische Regierung müßte dem britischen Volke sagen können: die beiden Länder marschieren gemeinsam, um die wirtschaftliche Organisation Europas und die allgemeine Prosperität der Welt wieder aufzurichten.

Was die Reparationen anbetrifft, so sei die britische Regierung bereit, sich an die Abmachungen zu halten, die in Europa getroffen worden seien, und aus denen Frankreich beträchtlichen Vorteil ziehe, während England nicht minder beträchtliche Opfer bringen solle. England glaube, daß diese Abmachungen den hauptsächlichsten Bedürfnissen Frankreichs genügen können bis zu dem Augenblick, in dem eine finanzielle Regelung größeren Stils unternommen werden könne, vielleicht in zwei oder drei Jahren. Die Sicherheit Frankreichs gegen die Eindringen des Feindes wünsche England als eine Angelegenheit zu betrachten, die auch seine eigenen Interessen berührt. England sei infolgedessen geneigt, die Verpflichtung zu übernehmen, mit seiner Streitmacht Frankreich zur Seite zu treten, wenn ein nicht provoziertes deutscher Angriff auf Frankreichs Boden erfolgt. Eine solche Garantie werde doppelten Wert besitzen. Sie werde nicht nur die Wirkung haben, Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs zu schützen, sie werde einen solchen Angriff auch äußerlich unwahrscheinlich machen.

Im Jahre 1914 wäre Deutschland wahrscheinlich nicht zum Angriff übergegangen, wenn es sich über den Umfang der Kräfte klar gewesen wäre, die das britische Reich im Falle eines Angriffs hätte. Die gesamte Streitmacht, die das britische Reich in den Krieg warf, betrug annähernd 10 Millionen Mann. Es ist unentbehrlich, daß Deutschland diese Tatsachen mit dem Schlußfolgerungen, die sich daraus für die Garantie des französischen Bodens ergeben, prüfen könne. Was das britische Reich einmal für die Zivilisation getan hat, wird es wieder tun, wenn dies nötig ist. Das wichtigste für den Krieg hergestellte Material wird in

Großbritannien besonders den künftigen Generationen zur Verfügung stehen, während das deutsche Material von den Alliierten vollständig weggenommen wurde. Infolgedessen wird Deutschland, wenn es sicher ist, daß das britische Reich in einem künftigen Kriege an der Seite Frankreichs steht, nicht versuchen, Neuanstriche zu machen. Es ist ebenso wichtig, den deutschen Geist von derartigen Betrachtungen abzubringen, wie es wichtig ist, Maßnahmen zu treffen, um eine Niederlage dieser Betrachtungen, wenn sie zur Reife kommen sollten, sicher zu stellen.

Die Regierung glaubt, daß diese beiden Ziele erreicht werden, wenn eine Abmachung getroffen wird, daß die beiden Nationen einem nicht herausgeforderten Anarische Deutschlands gegen das französische Gebiet gemeinsam die Stirn bieten würden. Diese gegenfeitige Bereitschaft könnte auf zwei verschiedene Arten eingegangen werden.

### Einseitig und Defensivbündnis

Ein derartiges Bündnis könnte in Frankreich als unwahrscheinlich betrachtet werden. In Wirklichkeit aber würde es den französischen Interessen schlecht dienen, weil derartige Bündnisse den britischen Traditionen widersprechen. Das britische Volk begreift, daß Frankreich das Recht fordert, gegen eine Invasion in sein Gebiet eine Garantie zu haben. Aber es wird nicht freiwillig Verpflichtungen militärischen Charakters auf sich nehmen wollen, wenn der Friede eines anderen aktiviert werden sollte. In militärischen Unternehmungen in Mittel- oder Osteuropa teilzunehmen, würde seiner Ansicht nicht entsprechen. Ein Bündnis, das eine derartige Verantwortlichkeit einschließt, oder auch nur andeutend einschließen würde, wird nicht die heraldische Unterhöhung des britischen Volkes haben. Im Gegenteil würde dieses auf den Widerstand wichtiger Gruppen in den verschiedenen Teilen der Gemeinschaft des britischen Volkes stoßen. Es würde infolgedessen für Frankreich nicht denselben Wert haben, wie eine in anderer Form eingegangene Verpflichtung.

### Auf der anderen Seite läßt sich ein Garantievertrag

denken, wonach das britische Reich und Frankreich Seite an Seite einem nicht herausgeforderten Angriffe Deutschlands gegen das französische Gebiet die Stirn zu bieten hätten. Diese Maßnahme ist auf der britischen Reichskonferenz im vergangenen Sommer erörtert worden. Es ist wahrscheinlich, daß die öffentliche Meinung des Reiches Großbritannien unterstützen würde, wenn Frankreich eine solche Garantie erhalte. Ihr Wert wäre deshalb größer, da sie nach Ansicht der britischen Regierung die heraldische Zustimmung nicht nur Großbritanniens allein, sondern auch der Dominions finden würde. (S. 2. B.)

## Das Verhör der Deutschen in Cannes.

Deutschland kann nur 200 Millionen zahlen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)

Cannes, 12. Jan. Die deutsche Delegation wurde gestern von der Reparationskommission angehört. Die Sitzung begann um 3 Uhr und zog sich bis gegen 9 Uhr hin. Der Vorsitzende der deutschen Delegation war Dr. Rathenau. Er sprach lange und ausführlich und legte namentlich dar, daß die Handelswaren Deutschlands vor allem in Hinblick auf die Ausfuhr ein Defizit aufweisen, wodurch der Erwerb ausländischer Devisen für Deutschland sehr erschwert werde. Besonders die Notwendigkeit, die deutschen Privathandelskassen aus der Vorkriegszeit neuemehr bescheiden zu müssen, gelte den Kauf von Pfund Sterling und Dollars noch schwieriger. Diefem Stand der Dinge könne durch eine Vermehrung der Produktion und durch eine Steigerung der Ausfuhr abgeholfen werden. Doch leiteten die Zollstrafen der Ausfuhr dieses Wunsches größten Widerstand. Nach der Meinung Dr. Rathenaus gibt es nur eine Möglichkeit, diese Probleme zu lösen, nämlich die Einführung einer neuen Weltwirtschaftspolitik. Doch könnte die Initiative hierzu nicht von Deutschland ergriffen werden. Rathenau führte sodann aus, daß Deutschland nicht in der Lage sei, mehr als 200 Millionen am 15. Januar und 12. Februar zu zahlen. Diese Summe soll sich in der Weise verteilen, daß für den ersten genannten Zeitpunkt 80, für den zweiten 90 Millionen und der Rest später entrichtet werden. Rathenau erklärte sich namens der deutschen Regierung bereit, einige der Garantien, die von den Alliierten gefordert wurden, anzunehmen, besonders die Einkehrung der parlamentarischen Subventionen an gewisse Unternehmungen. Rathenau forderte sodann, vom Obersten Rat angehört zu werden. Die Reparationskommission konnte hierauf nur erwidern, daß sie dem Obersten Rat diesen Wunsch übermitteln werde. Von dem Obersten Rat könne es ab, ob er dieser Bitte willfahren wolle. Der Oberste Rat wird heute vermittags um 11,30 Uhr die deutsche Delegation anhören.

### Die drei Fragen.

Cannes, 12. Jan. Nächst wird gemeldet: Die Reparationskommission hörte die deutsche Delegation über die drei in dem Briefe der Kommission vom 16. Dezember 1921 gestellten Fragen, nämlich

1. darüber, welche Zahlungen Deutschland am 15. Januar und 15. Februar d. J. leisten zu können glaube;
2. über das Erreichen der deutschen Regierung um Zahlungsdankbuch für den Restbetrag, der nach dem Zahlungsdankbuch fälligen Zahlungen;
3. über die für die Darlehen zu leistenden Garantien.

## Vor dem Sturze Briands?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“)

Cannes, 12. Jan. Briands unerwartete Abreise bedeutet eine empfindliche Vakanzierung der Konferenzarbeiten. In den Konferenzkreisen ist man der Ansicht, daß es Briands verhältnismäßig Eingreifen gelingen werde, der in seiner Abwesenheit ausgebrochenen ministeriellen und parlamentarischen Krise Herr zu werden, zumal, da man annimmt, daß es sich in der Doppelrolle um Mißverständnisse handelt. Natürlich beruht die Auffassung der Opposition, daß Briand in der Reparationsfrage in eine Reduktion der französischen Ansprüche eingewilligt habe, auf einem Irrtum. Kompliziert werde die Lage allerdings durch die starke Unzufriedenheit in den politischen Kreisen, die in der öffentlichen Meinung Frankreichs über die von England an den Abschluß eines Garantievertrages geknüpften Bedingungen herrscht. Schon daß England dafür die Bezeichnung „Bündnis“ ablehnt, hat hart verstimmt. Dazu kommen die für Frankreich sehr schweren Bedingungen in der Angora, Tanger und U-Boot-Frage. Sollte es darüber in Paris zu einer Rabinetskrise kommen, was jedenfalls nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeiten liegt, so müßte damit gerechnet werden, daß die Konferenz ohne Einigung in der Reparationsfrage abgebrochen werde. Diese Perspektive würde angesichts des unmittelbar bevorstehenden Termins des 15. Januar für Deutschland Folgen herbeiführen, die im Augenblick noch nicht überschaubar sind. Die deutsche Delegation hat bis zur Stunde noch keine Einladung zu einer Zusammenkunft mit der Gegenseite erhalten. In den Ententekreisen verläutet, daß die Vertreter Deutschlands nur vor der Reparationskommission, nicht vor dem Obersten Rat selbst gehört werden sollen. Es liegt die Vermutung nahe, daß die Kommission, die sich durch die letzte deutsche Note brüskiert fühlte, aus Prellgründen diese Forderung gestellt und bewilligt erhalten hat. Doch ist anzunehmen, daß die deutsche Delegation, wenn es nicht zu einem vorzeitigen Abbruch der Konferenz kommen sollte, Gelegenheit erhalten wird, sich auch mit Mitgliedern des Obersten Rates auszuspochen.

## 210 Milliarden Defizit.

Der neue Reichsetat für 1922 geht dem Reichstage Ende Januar zu; er wird jetzt im Reichsrat beraten. Der Etat trägt provisorischen Charakter. Er zeigt vorläufig ein Defizit von 210 Milliarden, das sich trotz der neuen Steuern aber noch erhöhen wird.